Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und 20% Teuerungszuschlag. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schmeis-Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während der Kriegeszeit.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 85 — Donnerstag, den 10. April 1919 — 47. Jahrgang

Ein Ultimatum Wilsons.

(W) Einer Radiomeldung aus Neuyork zufolge melden alle Neuyorker Blätter, daß eine Krise in der Friedenskonferenz eingetreten sei. Von einer hohen Persönlichkeit oder vom Attachee der amerikanischen Delegation gegebene anscheinend inspirierte Mitteilung besagt, daß Wilson direkt oder indirekt ein Ultimatum überreichte und erklärte, daß er keine Konzessionen mehr machen werde. Die Anforderung des George Washington wird als endgültige Drohung ausgelegt, daß der Präsident sich zurückziehen wird, wenn die Konferenz auf den toten Punkt ankommt. Die Neuyorker Zeitungen enthalten Artikel mit folgenden Ueberschriften: Wilson warnt, daß er keine Konzessionen mehr machen wird! In letzter Stunde! Wilson will den sofortigen Frieden abschließen! Wilson überreicht den Alliierten ein Ultimatum! — Neuyork Herald zufolge entstand in den letzten Beratungen des Viererrates eine sehr große Spannung. Auf der ganzen Friedenskonferenz ist man der Ansicht, daß man in ein neues kritisches Stadium getreten sei. Eine der verantwortlichsten, mit Wilson assoziierten Persönlichkeiten erklärte, sie würde nicht erstaunt sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorzeitiges Ende finde. Der Zustand würde eintreten, wenn die durch Einzelheiten bewirkte Verzögerung des Friedens noch länger anhält.

Der „Agence Havas" zufolge hat Präsident Wilson dem in Amerika befindlichen Dampfer „George Washington" telegraphisch den Befehl gegeben, sofort nach Brest in See zu stechen. Verner politische Kreise deuten dies als ein Zeichen eines schweren Zerwürfnisses zwischen Clemenceau und Wilson. — „Nieuwe van den Daag" meldet aus Paris die amerikanischen Friedensdelegierten hätten erklärt, daß Wilson durch seine beschleunigte Abreise die Friedenskonferenz zwingen wolle, entweder sofort unter den bereits acceptierten Bedingungen Frieden zu schließen oder zu erleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückzieht.

Braunschweig im Kampf für die Räterepublik.

(W) Auf Beschluß des Aktionsausschusses der Betriebsausschüsse der Vertrauensmänner der Arbeiter trat gestern vormittag die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs in den politischen Generalstreik. Es gelte den Kampf gegen den Kapitalismus, Militarismus und zur Rettung der Republik. Sämtliche öffentlichen Lokale bis auf die Lebensmittelgeschäfte müssen schließen. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Aerzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt. — Weiter wird gemeldet: Gestern vormittag 9 Uhr trat die Arbeiterschaft zwecks restloser Durchführung der Revolution in den Generalstreik. Die Banken, Zeitungen, Eisenbahnen und Straßenbahnen arbeiten nicht, die Post nur teilweise. Bei der ersten Massenversammlung auf dem Schloßplatz bezeichnete der frühere Präsident Merges die Verbindung mit der russischen Sowjetregierung als die einzige Rettung Deutschlands und forderte unter dem Beifall der Versammlung die Räterepublik Braunschweig, die sofortige Verbindung mit den Räterepubliken Rußland, Ungarn und Bayern, gründliche Beseitigung des Militarismus und des Kapitalismus in der ganzen Welt, Absetzung der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske, Auflösung der Nationalversammlung, Vertagung aller Landtage usw. Der Landtag brach seine Sitzung ab und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Der neugewählte Landesarbeiterrat wird sich als die einzig souveräne Macht Braunschweigs ausrufen.

Eine Abteilung der Braunschweiger Volkswehr besetzte, wie das Helmstedter Kreisblatt meldet, die öffentlichen Gebäude in Helmstedt, das Rathaus und die Lager mit Maschinengewehren. Der Vorsitzende des Arbeiterrates, Bremer wurde mißhandelt. Er wurde einige Zeit festgehalten, wurde aber wieder freigegeben. Zwei Volkskommissare aus Braunschweig trafen zu Verhandlungen in Helmstedt ein. Der Bürgermeister wurde vorläufig suspendiert.

Gegen Magdeburg.

(W) Die Truppen des Generals Märker besetzten gestern sofort nach ihrem Eintreffen die wichtigsten öffentlichen Gebäude. Vormittags 10 Uhr kam es in der Umgebung des Hauptpostamtes zu kurzem, heftigem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, worauf sich die Menge zerstreute. Es gab einige Tote und Verwundete. Zur Zeit herrscht Ruhe. Ein Befehl des Korps Märker verbietet den Aufenthalt auf der Straße von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Die öffentlichen Lokale müssen um 7 Uhr abends schließen.

Generalmajor Märker ernannte den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidenten und verfügte die Auflösung des Wachregiments, dessen Mannschaften an den letzten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet. — Die Versammlung der Streikenden beschloß gestern nachmittag, den Streik abzubrechen und die Arbeit heute früh wieder aufzunehmen. — Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

Lebensmittelsperre über München und Augsburg.

Die Bauernschaft des Rieses erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberbayerns Badens und des Allgäues schließt sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erkennt es als Regierung und Volksvertretung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Arbeitern und Bürgern die auf dem Boden der ersten Revolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag den 8. April nachmittags 5 Uhr, wird die Lebensmittelsperre über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Die A.- und S.-Räte des 2. Armeekorps haben sich mit 4/5-Majorität gegen die Räterepublik und für die Pressefreiheit ausgesprochen.

Die Streiklage im Industriegebiet.

(W) In der gestrigen Frühschicht waren 160 696 Arbeiter ausständig gegen 155 601 in der vorgestrigen Frühschicht. In der vorgestrigen Früh-, Mittags- und Nachtschicht hat sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 290 116 gegen 288 692 am vorhergehenden Tage belaufen.

Nach Mitteilung des Zentralzechenrates streiken sämtliche Zechen mit Ausnahme von vier Schachtanlagen. 410 000 Mann sind ausständig. — Reichsarbeitsminister Bauer ist in Essen eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen in Verhandlungen bezüglich des Generalstreiks einzutreten.

Wie von authentischer Seite festgestellt wird, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streikziffern insgesamt und im einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Stand der Ausständigen hinausgegangen.

Die Sicherheitswehren fordern Aufnahme der Arbeit.

In Herne fand eine Vertreterkonferenz aller der Herner Schutzzentrale angeschlossenen Sicherheitswehren des Industriebezirks statt, in der beschlossen wurde, einen Aufruf an die streikenden Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu richten, in welchem den Arbeitswilligen unbedingter Schutz zugesagt wird. Die Herner Sicherheitswehr hat im Laufe des Tages eine Anzahl Streikposten verhaftet.

Schießereien in Essen.

(o) Im Norden der Stadt wurde wie verlautet, ein Auto mit Regierungstruppen angegriffen. Darauf hin wurde von Regierungstruppen mit Handgranaten geworfen und Gewehrfeuer abgegeben, wodurch einige Personen verletzt wurden. Die Unruhen entwickelten sich auch im Zentrum, wo es zwischen Regierungstruppen und Zivilisten die eine drohende Haltung annahmen, zu Auseinandersetzungen kam. Mehrere Handgranaten wurden geworfen, wodurch zwei Personen verletzt wurden. Die Straßen im Zentrum der Stadt sind von Regierungstruppen besetzt. Die Erregung in der Bevölkerung ist groß.

Besetzung der Kruppschen Werke durch Regierungstruppen.

(o) In der Streikangelegenheit auf den Kruppschen Werken ist heute mit einem Schlage eine Wendung eingetreten. Die Regierungstruppen haben die Fabrik besetzt. An den Eingängen stehen Maschinengewehre und Geschütze. Obwohl in den gestrigen Demonstrationsversammlungen die Streikenden angekündigt haben, daß trotz der Truppen die Streikposten die Kruppsche Fabrik besetzt halten sollten, waren heute die Streikenden an den Toren wie verschwunden. Zu Tausenden erschienen die Arbeitswilligen und konnten ungehindert die Arbeitsplätze erreichen. Autos mit Maschinengewehren und Geschützen durchjagten die Straßen, die die Kruppschen Werke durchqueren. Die Arbeitsaufnahme erfolgte ohne Ruhestörung. Nur an einzelnen Stellen kam es zu Zwischenfällen, bei denen die Truppen zu Handgranaten und Gewehrfeuer griffen, um die Ansammlungen auseinanderzutreiben, die eine drohende Haltung einnahmen. Die Kesselhäuser und das Elektrizitätswerk sind von Truppenabteilungen besetzt worden. Die Arbeiten zur Instandsetzung dieser Einrichtungen, an denen die Streikenden Sabotage verübt haben, sind in Angriff genommen worden.

Aufruhr in Mülheim a. Ruhr.

(o) In Mülheim a. Ruhr ist der Generalstreik auf der ganzen Linie entbrannt, und auf allen Werken ruht die Arbeit. In den Straßen herrscht vollständiger Aufruhr, und in allen Stadtteilen fallen zahlreiche Schüsse, zwischen denen die Detonationen von Handgranaten zu hören sind. Die Gaslieferung ist eingestellt. Der Straßenbahnverkehr ruht. Telephonverkehr ist gesperrt. Dagegen sind die Differenzen auf dem Elektrizitätswerk beigelegt worden, sodaß Licht vorhanden ist. Die Straßen werden durch elektrische Bogenlampen taghell erleuchtet. Spartakisten entwaffneten im Laufe des Tages bereits verschiedene Angehörige der Freikorps Schulz, wobei gleichfalls Schüsse fielen. In der vergangenen Nacht wurde versucht, die Kaserne und die Feldschule zu überrumpeln. Es entspann sich ein halbstündiges, sehr heftiges Gefecht, wobei das Freikorps Schulz die Angreifer mit Hilfe aller Waffen abwehrte. Einzelne Häuser haben arg gelitten. In einem Hause der Leibnitzstraße wurden eine Frau und ihr neunjähriges Töchterchen im Bett durch ein verirrtes Geschoß getötet. Von den Angreifern sind laut Mitteilung des Freikorps Schulz mehrere verletzt worden. Bewaffnete Banden hielten nachts in der Stadt unter der Angabe, sie wären Patrouillen des Freikorps, Einwohner an und durchsuchten sie nach Waffen. In Mülheim ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Um 9 Uhr müssen sämtliche Lokale schließen. Niemand darf sich nach 10 Uhr mehr auf der Straße aufhalten. Major Schulz, der Kommandeur des Freikorps, appelliert an die Bürgerschaft, das Militär in seiner schwierigen Stellung zu unterstützen. In einer Vollversammlung des Mülheimer Arbeiterrats wurde eine Entschließung angenommen, vom Rätekongreß in Berlin die sofortige Ausrufung der Räterepublik zu fordern, sowie die sofortige Auflösung des Freikorps Schulz. Wegen spartakistischer Umtriebe wurden in der Nacht der Vorsitzende des Arbeiterrates, Werkmeister Nickel, sowie sechs andere Mitglieder des Arbeiterrates verhaftet und nach Wesel gebracht, wo bereits 54 hiesige Spartakisten, darunter Sensorth, ihrer Aburteilung durch das Kriegsgericht harren.

Ausschreitungen in Düsseldorf.

Im Laufe des gestrigen Vormittags ist es zu Ausschreitungen gekommen. An mehreren Stellen wurden kleine Abteilungen Regierungstruppen auf der Straße überfallen und gewaltsam entwaffnet. Auf dem Hindenburgwall machten am Mittag bewaffnete Zivilisten einen förmlichen Feuerüberfall auf die Posten der Regierungstruppen. Es entwickelte sich eine heftige Schießerei und ein Zivilist wurde tot vom Platze getragen. Wie es heißt, sind jedoch noch mehrere Todesopfer zu beklagen. Schließlich blieben die Regierungstruppen Herren der Lage, doch dauerten die erregten Ansammlungen auf den Straßen fort. — Der Nachmittag verlief sehr unruhig. Es kam an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schießereien. Auch wurde mit Handgranaten geworfen. Mehrere Zivilpersonen und angeblich zwei Soldaten fanden dabei den Tod. Auch eine Frau wurde auf der Straße erschossen. Die Stimmung unter den Streikenden ist sehr erregt.

Die Lage hat sich insofern verschärft, als jetzt auch von den Arbeitern zahlreicher Betriebe wirtschaftliche Forderungen gestellt werden und zwar fordern sie einen Mindeststundenlohn von 3,50 Mk. für gelernte und von 3 Mk. für ungelernte Arbeiter. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn, welche ebenfalls diese Lohnsätze verlangen, haben mit 812 gegen 128 Stimmen beschlossen, weiter im Ausstand zu bleiben. Neu sind die Schneider- und Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Infolge der Betriebseinstellung auf dem Gas- und Elektrizitätswerk war die Stadt nachts in völliges Dunkel gehüllt. Da unter dem verschärften Belagerungszustand jeder Straßenverkehr ohne Ausweis nach 10 Uhr verboten war, kam es in der Nacht nicht zu wesentlichen Ruhestörungen. Ein mit Ententelebensmitteln für Düsseldorf bestimmter Rheindampfer durfte auf Anordnung der belgischen Hafenbehörde im Düsseldorfer Hafen nicht anlegen, sondern mußte an der linken Rheinseite ankern, wo das Schiff solange unter belgischer Bewachung bleibt, bis die Streikunruhen beigelegt sind.

Weitere Streiknachrichten.

Eine Versammlung der Obleute der streikenden Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie beschloß mit großer Mehrheit, weiter zu streiken, da der Schiedsspruch den Forderungen der Angestellten nicht gerecht werde. Da die Regierung durch den Reichsarbeitsminister Bauer ein weiteres Entgegenkommen ablehnt, ist ein entsprechendes Telegramm an den Rätekongreß gesandt worden. — Ueber den Stand der Streikbewegung bei den Berliner Großbanken läßt sich jetzt sagen, daß die Bankbeamten der Commerz- und Diskontobank, der Mitteldeutschen Kreditbank, der Diskontogesellschaft, der Dresdner Bank und der Bank für Handel und Industrie zur Arbeit nicht erschienen. Die Angestellten der Nationalbank für Deutschland und der Deutschen Bank arbeiten, doch wird zurzeit über die Stellungnahme zum Streik abgestimmt. Unberührt von der Streikbewegung sind die Berliner Handelsgesellschaft und die Reichsbank, sowie private Bankfirmen, doch ist zu befürchten, daß der Streik auch auf die letzteren übergreifen würde, wenn die privaten Bankfirmen ihre Angestellten zur Erledigung der Arbeiten bei den Großbanken heranziehen würden.

In Stuttgart herrscht völlige Ruhe. Die Arbeit ist in den meisten Betrieben wieder aufgenommen.

Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metall-Industrie einschließlich der Hüttenwerke etwa 12 000 Mann, haben gestern die Arbeit niedergelegt.

An die Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets.

Kameraden!

Von der Reichsregierung bin ich zum Kommissar im Bereiche des Generalkommandos des 7. Armeekorps ernannt worden. Ich bin zur Anordnung aller militärischen und politischen Maßnahmen ermächtigt, die geeignet erscheinen, um Ruhe und Sicherheit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahmen erblicke ich nicht in erster Linie in gewaltsamer Unterdrückung, sondern in dem Versuch auf Verständigung mit den streikenden Arbeitern und in der Abstellung vorhandener Härten und Mißstände.

In der Erfüllung der mir übertragenen Aufgabe möchte ich als Arbeitervertreter zu den Arbeitern reden und als Arbeiter für die Arbeiter handeln. Von diesem Grundsatz ausgehend, wird es meine erste Sorge sein, eine Besserung in der Lebensmittellieferung der Bergarbeiter herbeizuführen. Der größte Feind der Gütererzeugung und der öffentlichen Ruhe ist der Hunger. Ihn zu bekämpfen ist die vornehmste Aufgabe aller. Ich werde mir keinen Augenblick einbilden, sie lösen zu können, wenn ich nicht von euch darin wirksam unterstützt werde. Ohne Kohle und die durch die Kohle geschaffenen Industriewerte werden wir auf die Dauer keine Lebensmittel erhalten. Einem allmählichen Abbau der Arbeitszeit im Bergbau werden die zuständigen Stellen näher treten müssen. Heute aber gilt es, zu verhindern, daß durch einen Zusammenbruch des rheinisch-westfälischen Bergbaues den deutschen Wirtschaftsleben das Rückgrat zerschmettert wird. Ich appelliere dabei an eure Einsicht, an eure Liebe zur deutschen Arbeiterschaft, zum deutschen Volke. Gewalt soll nur da in Anwendung gebracht werden, wo unverantwortliche Elemente dazu herausfordern. Ich habe deswegen angeordnet, daß die im Bochumer Kreise liegenden Regierungstruppen, die ohne jeden zwingenden Anlaß herangezogen worden sind, zurückgezogen werden.

Dort, wo der Belagerungszustand verhängt ist, sollen folgende Erleichterungen eintreten:

1. Die Polizeistunde bleibt wie bisher bestehen.
2. Der Aufenthalt auf den Straßen ist auch nach 10 Uhr abends gestattet.
3. Die nach den Ziffern 5 und 7 der Bekanntmachung des Kommandierenden Generals erforderlichen Genehmigungen des örtlichen militärischen Befehlshabers werden auf die zuständigen Zivilbehörden übertragen, die im Einverständnis mit mir zu arbeiten haben.
4. Die Bestimmung unter Ziffer 6 der genannten Bekanntmachung, die Schließung politischer Vereine betreffend, wird aufgehoben.

In der Erledigung meiner Mission möchte ich nicht nur Beauftragter der Regierung sein, sondern auch der Vertrauensmann der Arbeiter werden. Ich erkläre mich darum gern bereit, überall einzugreifen, wo zur Abstellung von Mißständen und zur Aufklärung von Mißverständnissen eine Vermittlung stelle gewünscht wird. So möchte ich den Beweis erbringen, daß es weder der Regierung noch mir darum zu tun ist, eine wirtschaftliche Bewegung mit Waffengewalt niederzuhalten, daß es jetzt vielmehr darauf ankommt, alle einsichtigen und ihrer Verantwortung sich bewußten Arbeiter auf einen gemeinsamen Boden zu führen, auf den Boden der Vernunft und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Dortmund, den 8. April 1919.

gez. Severing, Dortmund-Stadthaus.

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 9. April.)

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht

die erste Beratung des Etats für 1919.

Finanzminister Schiffer: Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist der erste Schritt zum Friedensetat auch insofern, als der wesentlichste Teil des ordentlichen Etats auf Schätzungen beruht. Daß ich für diese Schätzungen mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Grundlagen eine Verantwortung vorläufig nicht übernehmen kann, liegt auf der Hand. Die Ausgaben für Militär und Marine mußten einstweilen noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden. Die Summe der Schatzanweisungen ist seit dem 31. Januar 1919 von 58,3 Milliarden auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betrugen, sind im Februar auf 2,7 und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanziert mit rund 13 Milliarden, der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. Dabei ist dieser Etat nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen. In ihm sind noch nicht enthalten die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt, wir werden aber zu einem Pensionsfonds von 4,1 Milliarden kommen. Die Fehlbeträge der Kriegsjahre haben wir nicht gedeckt durch Defizitanleihen, sondern aus den Erträgnissen der Kriegssteuern, die an sich nicht dazu, sondern zur Abtragung der Kriegsschuld waren. Die Steigerung der Ausgaben ist natürlich auch durch die allgemeine Wertminderung des Geldes beeinflußt worden. Umsomehr müssen wir das Gebot der Sparsamkeit beherzigen. Im allgemeinen ist das Drängen nach Ausgaben vom Parlament viel stärker gewesen, als von der Regierung; das natürliche Verhältnis wäre aber, daß die Volksvertretung den Daumen auf den Beutel hält. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Vorbereitung, wir haben deshalb 1,6 Milliarden für Teuerungszulagen an Beamten eingesetzt. Wir können diese Hilfe den Beamten umsoweniger versagen, als wir gerade in dem tüchtigen, unbestechlichen, arbeitsamen und genügsamen deutschen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ergibt sich die Frage, wie wir bei den immer anhaltenden Preissteigerungen die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Heilmittel: Die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Auf der anderen Seite wird es die Sozialisierung mit sich bringen, daß wir die Zahl der Beamten erheblich vermehren müssen. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden: Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden leiden soll. Dinge, die nun einmal den freien Berufen überlassen sind, können auch von dem tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. Die Gefahr einer solchen Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiete der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingesetzt, und wir wollen damit nur ein Versäumnis gut machen. Aber das Uebermaß an Presseorganisationen, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß teilweise auch abgebaut werden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben wird, so muß ich das namens der ganzen Regierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. Gegen solche Mißbräuche wird ganz entschieden vorgegangen werden. Der Etat enthält auch eine Position zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Auslande; denn die Zustände, die auf diesem Gebiete sich herausgebildet haben, sind so übel, daß noch viel eingreifendere Maßnahmen notwendig sind. Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamtertrage von 7 Milliarden eingesetzt sind. Es entsteht nun die Frage, ob unser Volk die gewaltige Steuerlast überhaupt wird tragen können. Ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast verknüpft ist mit einer Senkung der Preise. Die Preise können aber nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten. Als Leiter der Finanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Bitte zu den Gewohnheiten und Tugenden unseres Volkes zurückzukehren. Arbeitslust und Arbeitskraft müssen neu belebt werden, und wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwart ablassen. Alle Kräfte müssen zu diesem Zwecke zusammenstehen. Das große Reformwerk kann nach Lage der Dinge nur von der Reichsregierungsmehrheit geschaffen werden, aber ich lege Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst wenn sie sich in der Form einer scharfen Kritik äußert. Das große Werk, das vom ganzen Volke getragen wird, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes heraus erwachsen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag.

Zweiter Tag des Rätekongresses.

Dem Rätekongreß ging folgender Brief des Justizministers zu: Die Haftentlassung des Schriftstellers Georg Ledebour kann nur das Gericht anordnen. Von der Weitergabe des Antrages an das Gericht habe ich absehen sollen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage kommt, die nach Lage der Gesetzgebung nicht als begründet anerkannt werden kann. Die Soldatenvertreter des Rätekongresses brachte einen Antrag ein auf sofortige Haftentlassung des verhafteten Vorsitzenden des Soldatenrates der Magdeburger Garnison Brandes und anderer verhafteter Mitglieder des Korpssoldatenrates des IV. A.-K. Bodo-Gotha geht dann in längeren Ausführungen auf den Fall Brandes ein. Die Versammlung von Mitgliedern der Soldatenräte des IV., XVI. und XXI. Armeekorps in Magdeburg hatten eine Entscheidung angenommen, daß die Versammelten sämtlichen Offizieren mit Ausnahme der aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen ihr Vertrauen absprechen und deren sofortige Entfernung fordern. Die Versammlung erklärte sich ferner gegen die freiwilligen Truppen. Darauf kamen Vertreter der mehrheitssozialistischen Partei nach Magdeburg und leiteten dort die Bewaffnung der Bürgerschaft in die Wege. Ein Offizier wurde mit der Aufstellung einer listenmäßigen Einwohnerwehr betraut. Auf Antrag Rosenfelds wurde sodann eine Kommission gewählt, die sich sofort zum Reichswehrminister Noske begeben soll und ihm das gesamte Material übergeben und ihn ersuchen soll, die Angelegenheit schleunigst zu prüfen. Cohen-Reuß bringt für den Zentralrat folgende Resolution ein: Der zweite Rätekongreß appelliert an die streikenden Ruhrbergarbeiter, unter allen Umständen die Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk von dem Unglück verschont wird, das jetzt bei einem Ersaufen der Schächte eintreten würde. Damit, erklärte Cohen, enthalten wir uns jeder Parteinahme für oder gegen die Forderungen der Bergarbeiter, aber bedenken Sie, welche Folgen es hat, wenn selbst Lebensmittelschiffe der Entente jetzt ohne Bunkerkohle zurückkehren sollen. Die Resolution Cohen wurde angenommen, ebenso folgender Zusatzantrag der Sozialdemokraten: Von der Regierung wird erwartet, daß sie die berechtigten Forderungen der Ruhrbergarbeiter erfüllt. Vorher hatte Reichsernährungsminister Schmidt mitgeteilt, daß der Arbeitsminister Bauer sich in das Streikgebiet zur Verhandlung begeben habe. Der Minister beschwor mit erhobener Stimme den Kongreß, sich zu der Erkenntnis durchzuringen, daß eine solche wüste Verhetzung und brutale Unterdrückung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, wie sie jetzt im Ruhrgebiet betrieben werde, auf das allerschärfste verurteilt werden müsse. Der Kongreß müsse gegen diesen Terror einer kleinen Kaste auf das Entschiedenste Front machen. Alle Bemühungen der Regierung seien erfolglos geblieben. Man sei zum Gas- und Wasserstreik übergegangen und richte damit die ganze Bevölkerung und auch die deutsche Arbeiterschaft zu Grunde. Wenn ein Streik den anderen ablöse, gehe das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu Grunde. Vor der Annahme des Antrags Cohen und während der Rede des Ministers veranstalteten die Unabhängigen wüste Lärmkundgebungen.

Eine französische Stimme für die Rückgabe Deutsch-Ost-Afrikas.

(TU) In dem Pariser Blatt „Verite" vom 4. April widmet Professor Gide dem Verteidiger von Deutsch-Ost-Afrika, dem General v. Lettow-Vorbeck einen Artikel in dem er dessen ganzen Widerstand mit der hartnäckigen Verteidigung Delforts im deutsch französischen Kriege vergleicht und die Hoffnung ausspricht, daß sich der Verband nicht hartherziger zeigen werde als Bismarck im Jahre 1871. Frankreich habe kein Interesse an Deutsch Ost-Afrika, und England sei genügend entschädigt mit dem was es sonst noch alles von dem deutschen Kolonialbesitz für sich beanspruche. Jedenfalls sollte der Verband heute ein Volk von der Ausdehnungskraft des Deutschen nicht von jedem Kolonialbesitz ausschließen. Es wäre ein schlechtes Mittel den Frieden zu sichern, indem man das einzige Sicherheitsventil des Kessels gewaltsam schließt und den Völkerbund darauf setzt.

Die Heimkehr des früheren deutschen Gesandten in Mexiko.

(TU) Der Vertreter der „Telegraphen-Union" hatte eine Unterredung mit dem früheren deutschen Gesandten in Mexiko, Exzellenz v. Eckhardt, der mit dem Dampfer „Nieuwe Amsterdam" in Holland angekommen ist und im Hotel Doelen in Amsterdam Wohnung genommen hat. Der Gesandte erklärte, daß er am 19. März von Mexiko abgefahren ist. Präsident Carranza war bei seinem Abschied von Mexiko anwesend. Von Eckhardt wurde bis zur Grenze von Beamten des Auswärtigen Amts begleitet. Am 20. März traf er in der Grenzstation Laredo ein, wo er von Vertretern der Ver. Staaten empfangen wurde. Sein Gepäck wurde durchsucht, wobei die amerikanischen Beamten sehr höflich vorgingen. Am 26. März trat v. Eckhardt auf dem Dampfer „Nieuwe Amsterdam" die Reise nach Europa an. Vor der Abfahrt wurde wieder eine Durchsuchung seines Gepäcks vorgenommen. Der Dampfer lief am 5. April England an wo wieder von englischen Beamten eine Durchsuchung sei es Gepäcks vorgenommen wurde die zwei Stunden in Anspruch nahm wobei aber die englischen Beamten sehr höflich und taktvoll waren. Le Havre wurde am 6. April passiert. Französische Beamte kamen hier nicht an Bord. Auf die Frage ob er den deutschen Kaiser in Amerongen besuchen werde, antwortete v. Eckhardt daß er nur den einen Wunsch habe, so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzukehren. Er sagte dabei, während der letzten Monate keine Verbindung mit Deutschland gehabt habe.

Die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn.

In der Sitzung des Untersuchungs-Ausschusses der preußischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen machte der Regierungsvertreter eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn. Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium übel gehaust. Ueber viele 100 000 Mark fehlten Belege. Eichhorn selbst habe in einem Falle 5 100 Mark und im anderen Falle 1 695 Mark für sich persönlich unterschlagen. Den revolutionären Obleuten und den anderen unabhängigen Organisationen hat er die Wohnungsliste der Schutzmannschaft ausgeliefert; die Schutzleute, die sich der unabhängigen Politik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in brutalster Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Aufteilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 900 000 Mark erpreßt worden. Ferner versuchte Eichhorn unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses die Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben. Der Versuch mißglückte jedoch. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner Fische und Mehl erpreßt und davon Torten für seine Leibwache backen lassen. Wie der Regierungsvertreter weiter mitteilt, sind bei den Januar-Unruhen 196 und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden, darunter etwa 10 Prozent Soldaten.

Tagesereignisse.

— **Die Sozialisierungskommission** hat in einem längeren Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wissell, unterzeichnet von ihren Vorsitzenden Kautsky und Franke, ihr Amt niedergelegt.

— **Im Verfassungsausschuß** der Nationalversammlung wurde, unter Ablehnung aller Anträge, Artikel 47 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, wonach der Reichspräsident den Reichstag auflösen kann, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahlen finden spätestens am 60. Tage, der Zusammentritt spätestens am 90. Tage nach der Auflösung statt. In Artikel 48 wurde eine Aenderung der Regierungsvorlage dahin beschlossen, daß statt „Präsident" sowie „Vizepräsidenten", die der Reichstag wählt, die Bezeichnung „Obmann" und „Stellvertreter" gesetzt würde.

— **(117 Deutsche in Barcelona verhaftet.)** Nach einer Meldung aus Madrid sind in Barcelona 117 Deutsche einschließlich des dortigen deutschen Konsuls verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte in dem Augenblick, als die Deutschen im Konsulat Geld in Empfang nahmen, das angeblich zur Anstiftung einer syndikalistischen Bewegung dienen sollte.

— **(Die Goldvorräte der russischen Regierung.)** Die Neuyorker Blätter teilen mit, daß der Goldvorrat der russischen bolschewistischen Regierung 27 200 000 Dollar beträgt. Dazu kommen noch die Goldvorräte, die bei den Banken beschlagnahmt wurden und die sich auf 120 Millionen Dollar belaufen.

— **(Dreitägiger Proteststreik in Aegypten.)** Wie indirekt aus London gemeldet wird, haben die ägyptischen Nationalisten als Protest gegen die Erklärung Lord Curzons im Oberhause über die ägyptische Staatsverfassung einen dreitägigen Generalstreik der ägyptischen Staatsbeamten proklamiert.

— **(Die Bagdadbahn.)** Der „Temps" erfährt, daß der Betrieb der Bagdadbahn wieder aufgenommen worden ist. Der Taurustunnel ist wieder hergestellt. Vorläufig sei man noch gezwungen, die deutschen Techniker und Ingenieure zu behalten, da diese die besten Erfahrungen besäßen. Sie sollten aber langsam durch andere Techniker ersetzt werden. In Mesopotamien herrsche eine rührige Tätigkeit, um die Linie bis zum Persischen Golf fortzuführen.

Gerichtsverhandlungen.

Dortmund, 10. April. **(Strafkammer.)** Am 6. Januar d. J. fand in Husen bei Kurl eine Zentumversammlung statt, die einen skandalösen Ausgang nahm. Kaum hatte der Redner, Lehrer Lindemann aus Dortmund, seinen Vortrag begonnen, als sich im Saale eine Unruhe unter den zahlreich vertretenen Sozialdemokraten bemerkbar machte. Drohende Rufe wurden laut, das Licht wurde eine Zeitlang ausgeschaltet und es herrschte ein fürchterlicher Tumult. Während der Redner die Flucht durch ein Fenster nehmen konnte, versuchte Pfarrer Norbert Schulte, von der Rednertribüne aus die Menge zu beruhigen, er erhielt aber sofort einen wuchtigen Hieb mit einem Stuhle gegen den Kopf, sodaß an der linken Schläfe eine stark blutende Wunde hervorgerufen wurde. Nur mit Mühe konnte er sich in Sicherheit bringen. Auch Vikar Pieper, der in der Nähe eines Fensters stand und ebenfalls versuchte, beruhigend auf die erregten Menschen zu wirken, erhielt von draußen durch das Fenster mit einem Stock einen Stoß gegen die linke Kopfseite, wobei ihm das Ohr fast zur Hälfte durchschnitten wurde; er wurde dann ergriffen und unter fortgesetzten Mißhandlungen durch den Saal bis vor die Tür geschleift, dann stieß man ihn durch eine lebende Hecke und versetzte ihm noch einen Fußtritt. Wegen dieses Vorfalles hatten sich vor der Strafkammer zu verantworten der Bergmann Franz Brackhaus und dessen Vater, der Bergmann Ferdinand Brackhaus, sowie der Bergmann Fritz Reimann aus Husen. Volle Klarheit über die Schuld der beiden letzten Angeklagten ergab die Verhandlung nicht. Es konnte nur auf Grund der Zeugenaussagen festgestellt werden, daß der Bergmann Franz Brackhaus derjenige war, der den Pfarrer Schulte mit einem Stuhl auf den Kopf geschlagen hatte. Der Angeklagte Franz Brackhaus wurde, da er noch nicht vorbestraft ist, zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt. Strafschärfend fiel ins Gewicht, daß der Angriff auf einen Geistlichen erfolgt ist. Die beiden übrigen Angeklagten mußten freigesprochen werden.

** **Düsseldorf,** 10. April. **(Schuldscheinfälscher verurteilt.)** Während seiner Beschäftigung in der Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik hatte sich der Buchhalter Franz Fortmann fortgesetzt erhebliche Veruntreuungen zu schulden kommen lassen und zwar durch unrichtige Führung der Lohnlisten. Das Werk ist durch die Machenschaften um 12 000 Mark geschädigt worden. Die Strafkammer hat jetzt den Angeklagten von der Beschuldigung der Urkundenfälschung freigesprochen, da es sich um echte Urkunden nur mit unrichtigem Inhalte, gewissermaßen um schriftliche Lügen gehandelt habe, die nicht als Urkundenfälschung im Sinne des Strafgesetzes anzusehen seien. Wegen Betrugs wurde Fortmann zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Die geborene Krause.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

35. Fortsetzung.

Und dennoch liebte er sie mit seiner heißen, begehrenden Mannesliebe! Ihre Süße entzückte ihn täglich aufs neue, zeigte ihm täglich, was er hätte haben können, was er aber in rasendem, unverantwortlichem Trotz verschmäht hatte! Ihm mußte nun genügen, wenn er sie nur sehen und mit ihr an einem Tische sitzen konnte!

„Rosemarie!"

Wie manchmal flüsterte er ihren Namen vor sich hin — Rosemarie — in Liebe und dann wieder in heißer Erbitterung. Er dachte weiter an nichts als an sie, die Sehnsucht verzehrte ihn beinahe. Wenn sie bei ihm stand, wenn er ihre warme Nähe spürte, überkam ihm das Verlangen, sie in seine Arme zu reißen, ihr zu sagen: „Vergiß alles, was war, ich liebe dich!"

Und dann sah er den kühlen, abwehrenden Blick und der Mut sank ihm. Nichts verriet ihm, ob er ihr etwas galt. Seine Brutalität hatte sicher all die zarten Blüten vernichtet, die für ihn in ihrem Herzen aufgekeimt waren, damals auf jenem unvergeßlichen Wege vom Eibsee nach Garmisch. Sonst hatte er sie doch nicht küssen dürfen. So etwas fühlt man doch.

Er mußte nun sein Herz in beide Hände nehmen. Er bezwang sich, biß die Zähne zusammen — es mußte so gehen. Sein unbändiger Stolz kam ihm da zu Hilfe und besiegte alle Warnungen. Er wollte sich vor ihr nicht lächerlich machen, wollte nichts anbieten, was vielleicht verschmäht wurde.

Rosemarie reiste nach Kleinschmirchow. Sie hatte an Eliane geschrieben, daß sie gern für einige Zeit kommen würde, hatte ihr aber mit Vorbedacht den Tag ihrer Ankunft verschwiegen, da sie nicht von Hans Bussо empfangen werden wollte. Der Bruder ging ihr vor. Zwischen Schloß und Dorf bestand keine Gemeinschaft.

Am Tage nach ihrer Ankunft schickte sie einen Boten mit einem Briefchen zu Eliane, das sie auf ihr Kommen vorbereiten sollte.

Langsam ging sie dann den Weg, den sie seit mehr als zehn Jahren nicht gegangen war. Sie war noch ein Kind gewesen, als sie sich damals mit Scheu dem stolzen Bau genähert, in dem man sie als „Bauernbrut" bezeichnet und den Vater geschlagen hatte. Alles stand so deutlich in ihrer Erinnerung. Es war auch so ein warmer Sommertag wie heute gewesen!

Sie ging im Schatten der Kirschbäume, die den Weg nach dem Acker zu begrenzten. Da sah sie einen Herrn im weißen Anzug ihr entgegenkommen, in dem sie bald Hans Bussо erkannte.

„Gnädigste Frau Schwägerin," rief er schon von weitem, seinen Panama schwenkend, „es drängt mich, Ihnen herzlich für Ihr Kommen zu danken. Gleichzeitig aber möchte ich Ihnen zürnen, daß Sie mir nicht Gelegenheit gegeben haben, Sie abzuholen."

Er blieb vor ihr stehen und küßte ihr feurig die Hand.

„Vor allem: wie geht es Eliane? Aus ihren Briefen schloß ich, daß sie sich nicht besonders wohl fühlt," sagte Rosemarie.

„Es geht ihr ganz gut, der Arzt ist zufrieden. Ihre kleinen Beschwerden haben eine ganz natürliche und erfreuliche Ursache. Leider muß ich sagen, daß sie Launen hat; in ihrer Einbildung sieht sie allerlei, was gar nicht existiert. Ich hoffe, daß Ihr Besuch Sie ablenken wird."

In einem Kimono aus bunter Seide empfing Eliane ihre Schwägerin. Sie freute sich und küßte Rosemarie auf beide Wangen.

Mit einer gewissen Unsicherheit begrüßte Graf Laubenberg die Frau seines zweiten Sohnes. Er stand ihr gegenüber unter einem Druck, denn so leicht wie Hans Bussо hatte er nicht vergessen können, unter welchen Umständen ein Mitglied der Familie Krause in die seinige gekommen war. Das hatte ihn zu einem alten Mann gemacht, hatte seine Lebensfreude und Lebenslust gebrochen; die durch den Bauern erlittene Demütigung zu überwinden, ging über seine Kraft.

Heute hatte er so recht Gelegenheit, Rosemarie kennen zu lernen. Eine wahrhaft herzerquickende Frische und Gesundheit, körperlich und seelisch, strahlte sie aus; man mußte sich wohl in der Nähe dieser liebenswerten und schönen Frau fühlen, die durch ihre Unbefangenheit und Gewandtheit bald die Verlegenheit der ersten Viertelstunde überbrückte.

Rosemarie trug ein blaues Leinenkostüm mit weißer, etwas ausgeschnittener Bluse.

Die Fragen nach ihrem Manne beantwortete sie ruhig. Jawohl, es ginge ihm gut, sein Dienst nahm ihn sehr in Anspruch, sie habe sich gar gut im Regiment eingelebt. O ja, Hans Eckardt hatte sie gern fortgelassen, er entbehre durch ihre Reise nichts in seiner Bequemlichkeit und Ordnung.

„Aber die Hauptsache fehlt ihm doch", sagte Bussо, Sie, Frau Schwägerin, und darum müssen wir doppelt dankbar sein, wenn — — —"

„Siehst du, Bussо, jetzt sprichst du so, und du selbst fährst jede Woche fort", klagte Eliane im Tone eines eigensinnigen, verwöhnten Kindes.

„Aber, Liebling, wenn du erwägen wolltest, daß im Vergleich zu Frau Rosemarie du viel mehr von einem Mann hast als sie, ich habe keinen Dienst."

„Eben darum könntest du immer bei mir sein. Vorige Woche warst du fort, willst bald wieder verreisen, du denkst nur an dein Vergnügen, während ich dich nicht begleiten kann."

„Deshalb gönnen Sie Ihrem Gatten die Zerstreuung. Sie sehen doch, daß es nicht geht, Liane", meinte Rosemarie, „und das Wiederkommen nachher ist auch schön."

„Recht so, gnädigste Schwägerin, reden Sie meiner kleinen Frau ein wenig Vernunft ein. Sie werden das aus eigener Erfahrung wissen, Sie, die Sie doch auch unter einer zeitweiligen Trennung von Ihrem Mann leiden."

„Das empfinde ich nie, weil meine Sehnsucht immer ausgefüllt ist!"

„Sie haben Verkehr, Rosemarie, und das eben fehlt mir noch. Durch die Trauer um Großmama sind uns da vorläufig Beschränkungen auferlegt. Ich würde das aber gar nicht fühlen, wenn Bussо immer bei mir bliebe."

Ungeduldig, ärgerlich klopften des jungen Ehemannes Füße, die in weit ausgeschnittenen farbigen Halbschuhen steckten, den Fußboden. Herrgott nochmal — kam sie immer wieder darauf zurück? Das war ja zum auf die Bäume klettern!

„Am Ende wäre das gar nicht mal so schlecht, liebste Eliane", lachte Rosemarie fröhlich, „du lernst sich vielleicht zu gut kennen, mehr vielleicht als für beide Teile gut und einer freundlichen Illusion förderlich ist! Und gerade Sie, Liane, mit Ihrer empfindsamen, zarten Seele würden eine mögliche Enttäuschung schwerer empfinden."

„Demnach meinen Sie, gnädige Schwägerin, daß ich einer genaueren Prüfung nicht standhalten könnte?" spöttisch lächelte Hans Bussо.

„Ich spreche nur im allgemeinen, ganz ohne bestimmte Beispiele im Sinn zu haben. Man geht mit offenen Augen durchs Leben geht, macht manche Erfahrungen.

Rosemarie sah bald, woran es fehlte.

Eliane war wirklich ein wenig zu zimperlich, wehleidig und überängstlich und Bussо hatte nicht die richtige Art, seine Frau zu behandeln, es war beinahe, als suche er etwas darin, sie noch mehr zu reizen und zu kränken, damit ihre Tränen und Vorwürfe ihm willkommenen Grund boten, fortzubleiben.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 10. April. **(Verschiedenes.)** Die interessante Frage, ob eine Bank verpflichtet ist, ihre Kunden vor **Börsenspekulationsgeschäften** wegen der damit verbundenen Gefahr vor Verlusten zu warnen, hat das Reichsgericht in einer uns jetzt vorliegenden Entscheidung im allgemeinen verneint. Nur in besonderen Fällen (bei besonders gefährlichen oder wenig aussichtsreichen Geschäften) soll eine solche Warnungspflicht der Bank zu bejahen sein, wenn der betreffende Kunde nicht selbst die nötige Erfahrung in Bank- und Börsensachen hat.

Von einer Maßnahme, die bisher einzig dasteht, wurden gestern die Zeitungen des Stadt- und Landkreises Hamm getroffen, indem ihr Erscheinen vom Generalkommando für diesen Tag verboten wurde. Die Gründe hierzu sind unbekannt und wir sind gespannt, wie das Generalkommando sein Vorgehen rechtfertigen wird. Wir vermögen es uns auf keinen Fall zu erklären. — Die infolge des Verbotes gestern ausgefallene Ausgabe unserer Zeitung erhalten die Leser zusammen mit der heutigen.

(Der verschärfte Belagerungszustand.) In der Bürgerschaft wird vielfach die Ansicht vertreten, daß auch über Kamen der verschärfte Belagerungszustand verhängt sei. Die Ursache dieser eine Notiz in einer benachbarten Zeitung, in welcher auch die Stadt Kamen unter den Orten genannt wurde, über die der verschärfte Belagerungszustand verhängt wurde. Die Notiz entspricht nicht den Tatsachen. Ueber Kamen ist bis jetzt nicht der verschärfte Belagerungszustand erklärt worden.

Eine Warnung in letzter Stunde richtet der Zechenverband heute an die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebiets. Er weist recht eindringlich darauf hin, was auf dem Spiele steht und was die Folgen sein werden, wenn unser Wirtschaftsleben nicht sofort wieder in Gang kommt. Das ist zwar schon oft genug gesagt worden, aber weite Kreise des Volkes haben trotzdem die Gefahr, in der wir uns befinden, noch nicht erkannt. Diesen gilt die Mahnung, die im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe enthalten ist, ganz besonders. Es ist nicht eine Angelegenheit einiger Weniger, sondern die des ganzen Volkes. Nur restlose Arbeit kann uns aus den Schwierigkeiten der Gegenwart retten. Mögen das alle, die es angeht, noch rechtzeitig einsehen und danach handeln.

(Belagerungszustand und Straßenbahner.) Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand hat der Reichswehrminister Noske verordnet: „Wer einem in Ausübung seines Dienstes befindlichen Angestellten einer Straßenbahn durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder einen solchen während der Ausübung seines Dienstes tätlich angreift, oder es unternimmt, einen Angestellten einer Straßenbahn durch Gewalt oder Drohung zur Vornahme oder zur Unterlassung einer Diensthandlung zu nötigen, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß jede Beschädigung der Wagen, der Geleise, der Leitungen, der Bahnhöfe und sonstigen Eigentums der Straßenbahnen auf Grund der maßgebenden Gesetze auf das schärfste geahndet werden wird."

(Steuer.) Nach § 1 der Verordnung vom 13. Januar 1919 sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, bis zum 31. März 1919 ein Verzeichnis ihres Vermögens nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 aufzustellen. Der Reichsminister der Finanzen hat angeordnet, daß die obengenannte Frist mit Rücksicht darauf, daß die Steuerkurse noch nicht festgestellt sind, allgemein bis zum 30. April 1919 zu verlängern sei. Es wird darauf hingewiesen, daß zunächst nur eine Aufstellung des Vermögens, nicht eine Einreichung dieser Aufstellung an die Steuerbehörde vorgesehen ist. Die Verordnung hat lediglich den Zweck, es den Steuerpflichtigen zu erleichtern, später, wenn die Aufforderung an sie ergeht, eine Vermögensanzeige für den 31. Dezember 1918 abzugeben, diese sofort und vollständig abgeben zu können. Irgendwelche Auskunft über die Art der Aufstellung kann seitens der Veranlagungsbehörden noch nicht erteilt werden. Ebenso werden Vordrucke noch nicht verabreicht.

(Die Schutzwehren für die Landbevölkerung.) Der Verfügung des Ministers des Innern vom 18. März sind informatorisch die vom Schutzverband deutscher Landwirtschaft ausgearbeiteten Richtlinien zur Aufstellung eines Landschutzes als Anlage beigefügt worden. Dies hat zu dem Mißverständnis geführt, als ob diese Anlage über die Bildung von Einwohnerwehren lediglich eine amtliche Verfügung des Ministeriums wäre. Der Minister des Innern, Heine, hat für die sich von Tag zu Tag mehr als notwendig herausstellende Bildung von freiwilligen Schutzwehren gegen die zunehmende Unsicherheit in Stadt und Land, gegen das Anwachsen des Verbrechertums und namentlich gegen die neuerdings mehrfach vorgekommenen Ueberfälle von Gehöften durch ganze bewaffnete Banden eine neue Zirkularverfügung verfassen, die den Behörden binnen kurzem zugehen wird.

Der Frühling besinnt sich auf sich selbst, es wird doch etwas wärmer. Drei Wochen hat der Rückfall in den Winter beinahe gedauert. Er war unliebsam bei dem Kohlenmangel, hat aber sonst erfreulicherweise keinen Schaden weiter angerichtet. Da sich nun bald die Sträucher mit Grün schmücken und die Wiesen kommen werden, so sei daran erinnert, daß die öffentlichen Anlagen und Gärten heute wie früher allen Schutz verdienen, in unserer harten Zeit wird der Reiz der Natur im Frühlingskleid doppelt freudig empfunden. Er belebt die Stimmung. Zweige und Blüten haben ihren Beruf aber gründlich verfehlt, wenn sie abgerissen und fortgeworfen werden. Das sollten sich alle merken, die es angeht, Alt und Jung. Es macht ihnen keine Ehre.

Heeren-Werve, 10. April. In der letzten Gemeinde-Vertretersitzung wählte die Versammlung Herrn Lehrer Johann Kirchhoff zum Protokollführer und zu seinem Stellvertreter Herrn Polizei-Sergeanten Philipp Weiland. Die einzelnen Kommissionen setzen sich aus folgenden Herren zusammen: Voreinschätzungskommission: Kaufmann Karl Schmidt, Betriebsführer Fritz Uhlenbrock, Schuhmachermeister [illegible] Stüvelmann, Landwirt Heinrich Schulze-[illegible], Bergmann Fritz Berges, Bergmann [illegible] Kriegel, Bergmann August Heilmann [illegible] Fritz Frackmann und Bauunternehmer Karl Wiggermann. Unterstützungskommission: Pfarrer Schulze, Viktar Blaufuß, Rentner Karl Willingmann, Betriebsführer Fritz Uhlenbrock, Bergmann Ludwig Lütke und Bergmann Karl Schaper. Wegebaukommission: Fahrsteiger August Kahlert, Bergmann Wilhelm Meermann, Polizei-Sergeant Philipp Weiland, Landwirt Julius Schulte-Uebbing und Landwirt Karl Mühlmann. Lebensmittelkommission: Bergmann Wilhelm Peters, Bergmann August Heilmann, Ehefrau Haß, Kaufmann Heinrich Stöbesandt, Bergmann Georg Hälker, Bergmann Karl Deckert, Bergmann Johann Schott, Bergmann Franz Ackermann, Bergmann Philipp Kremer, Ehefrau Theimann, Ehefrau Leisten und Bergmann Hermann Schaper. Jugendpflege: Hauptlehrer Dr. Ziegenbein, Lehrerin Severin, Lehrer Johann Kirchhoff, Bergmann Karl Schaper, Lehrerin Gerhard, Ehefrau Peters, Ehefrau Blaas und Lehrerin Rütz. Rechnungskommission: Bergmann Wilhelm Peters, Polizei-Sergeant Weiland, Fabrikaufseher August Kahlert, Kaufmann Ewald Thiel und Bergmann August Drechsler.

Westick, 10. April. **In der Gemeindevertretersitzung** vom 6. April wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Dem Verkauf der Gemeindewiese zum Preise von 530 Mk. an Herrn Heinrich Bäcker, hier, wird die Genehmigung erteilt. Einem Antrage Kettler betr. Nivellement verschiedener Häuser an der Germania- und Emscherstraße wird nach näherer Begründung durch den Antragsteller zugestimmt. Entstehende Kosten tragen die Interessenten, die sich in Zukunft an Herrn Kettler wenden wollen der weitere Auskunft erteilt. Einige Unterstützungsanträge mußten abgelehnt werden, da Vertretung die hierfür angeführten Gründe nicht als stichhaltig anerkennen konnte. Dem Antrag der Viehverkaufungskommission auf Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier wird zugestimmt. Der Preis für ein Ei wird um 10 Pfg. erhöht. Dem Amt soll ein Antrag eingereicht werden, in sämtlichen Gemeinden des Amtes die Zwangsbewirtschaftung der Eier beizubehalten, damit eine ausreichende Versorgung der Industriegemeinden erfolgen kann. Durch diesen Beschluß wird auch der Hamsterei etwas vorgebeugt. Eine längere Aussprache erfolgte bei dem Punkte Volksküche. Da sich bis jetzt nur wenig Teilnehmer gemeldet haben, wurde von einer sofortigen Eröffnung der Volksküche abgesehen. Erneut wird durch Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß die Interessenten sich bis zum 15. d. M. in eine Liste bei Herrn Schulze-Beckinghausen einzutragen haben. Jedem, der mit Kartoffeln nicht hinreichend versorgt ist, wird empfohlen, sich einzutragen, da an eine Lieferung von Kartoffeln nicht zu denken ist. Die Gemeindevertretung nimmt an, daß alle, die sich nicht eintragen, bis zur neuen Ernte versorgt sind. Eine Kommission, bestehend aus den Herren Koch, Rademacher, Schäfer und Harms übernimmt die weiteren Arbeiten. Die Kartoffelausgabe wird Herrn Friedrich Pfingsten übertragen. In Zukunft werden die Kartoffeln nur noch gegen vorherige Zahlung abgegeben, auch im kommenden Herbst. Es wird schon jetzt besonders darauf hingewiesen. Bei der Kartoffellandverpachtung soll den Landwirt der Vorschlag gemacht werden, nicht mehr 7 Ruten pro Person und in keinem Falle mehr als 50 Ruten an eine einzelne Familie abzugeben. Beim Kartoffelverkauf im Herbst sollen dieselben Bedingungen gelten. Auf Anregung des Beigeordneten Bothe wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Kreis wolle dahin wirken, daß die Gemeinde Westick mit 650 Schwerarbeitern in den Kreis der Schwerstarbeiter einbezogen werde. Zum Schluß erfolgte noch die Bekanntmachung verschiedener Verfügungen durch den Gemeindevorsteher.

Dortmund, 9. April. **In der Stadtverordneten-Sitzung** am Montag wurde der Haushaltsplan der Kämmereikasse für 1919 beraten. Derselbe schließt ab mit 39 740 000 Mk. im Ordinarium und 37 360 000 Mk. im Extraordinarium; der Fehlbetrag ist auf 20 302 000 Mk. festgestellt worden. Nach den Vorschlägen des Magistrats soll die Deckung erfolgen durch Erhebung von 210 Proz. der Betriebssteuer, 265 (230 i. V.) Proz. der Grund- und Gebäudesteuer in den eingemeindeten Orten und 375 (325 i. V.) für je 1000 Mk. des gemeinen Wertes, 280% (wie i. V.) der Gewerbesteuer und 300 Proz. (250 i. V.) der Einkommensteuer. Der Oberbürgermeister begründete die Vorlage und die Deckungsvorschläge in eingehender gedankenreicher Rede und wies daraufhin, daß insbesondere mit Rücksicht auf die guten, Ueberschüsse liefernden Abschlüsse der Vorjahre es möglich gewesen sei, nicht noch höhere Steuerzuschläge zu fordern. Noch mehr dürften diese Ueberschüsse nicht angegriffen werden, denn sehr ernsten Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Elends entgegen, da viele Betriebe wegen Mangels an Kohlen zum Erliegen kommen müßten, wenn die Bergleute weiter feierten. Wann werde der Wahnsinn enden und man begreifen lernen, daß Sozialismus Arbeit bedeute. Die Schulden der Stadt werden, falls noch etwa 42 Millionen vom Staate vergütet werden, 147 000 000 betragen, der Schuldendienst betrage jetzt jährlich 12½ Millionen Mark. In einer Besprechung der Neuordnung der Lustbarkeitssteuer, die in scharfer Weise erhöht wurde, wurde auf die bestehende Lustbarkeits- und Tanzwut hingewiesen. Der Oberbürgermeister betonte besonders, daß im Jahre 1918, einem Jahre voll Blut und Tränen, die Lustbarkeitssteuer 170 000 Mark bringen sollte, sie habe aber 450 000 Mk. eingebracht. Für die Lokale Jungmühle und Fledermaus, wo Riesensummen an Getränken verausgabt werden, der Kunst aber wenig gedient wird, wurde die Lustbarkeitssteuer auf 5 Mk. für jede Person beschlossen. Der Magistrat hatte nur 2 Mk. in Vorschlag gebracht. Den Lichtspieltheatern setze man die Lustbarkeitssteuer auch kräftig in die Höhe. Der Magistrat wurde beauftragt, wegen Erlasses eines die Vertaatlichung des Lichtspiels enthaltenden Gesetzes bei der Regierung vorstellig zu werden.

Hagen, 8. April. **(Kindesaussetzung.)** Am Donnerstag, den 3. d. M., 9 Uhr abends, wurde vor der Haustür des Pfarrats in der Karlstraße ein etwa 8 Monate alter Knabe aufgefunden. Das Kind war sauber angezogen und ist gut genährt. In einem Paket waren Haferflocken, Zwieback und Milchflasche verpackt und neben das Kind gelegt. Auf einem Zettel, der bei dem Kinde vorgefunden wurde, steht: Wird am 28. 4. 8 Monate alt. Gebt ihm um Gotteswillen eine Heimat!

Münster, 2. April. In der Schwurgerichtssitzung wurde der Raubes an dem Landrat Kaltenpohl in Lavesum, Kreis Hallern, die Angeklagten Erich Krüßmann aus Hamborn zu drei Jahren, Joseph Giesen aus Wesel zu zwei Jahren, Karl Krüßmann zu 1 Jahr 6 Monaten und der jugendliche Franz Giesen zu einem Jahr Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände und Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Am 25. Februar drangen sie mit vorgehaltenem Revolver in das Gehöft des Beamten ein und verschafften, 16 000 Mark in Gold, das der Bauer besitzen sollte, zu rauben mit der Drohung, wenn sie das Geld nicht bekämen würden am anderen Tage die Spartakisten die Besitzer erschießen, das Haus ausrauben und das Gehöft in Brand stecken. Die Räuber wurden mit ihrer Beute auf dem Bahnhof Lembeck von der Sicherheitswehr festgenommen.

Paderborn, 9. April. **(Raubmord.)** In der Nacht wurde der Pferdehändler und Pferdemetzger S. Wolff in seiner Wohnung überfallen und erschossen. Die Täter hatten es anscheinend auf die Geldmittel des W. abgesehen, die er für den heutigen Pferdemarkt in seinem Hause hatte. Als die Nachbarschaft auf die drei Schüsse hin in das Haus eilten, fanden sie den W. tot am Boden liegen, mit zwei Schußwunden am Hinterkopf und im Nacken. Bisher ist der Raub einer Brieftasche mit 20 000 Mark Inhalt festgestellt; zwei Verhaftungen fanden bereits statt.

Paderborn, 5 April. **(Festgenommener Mörder.)** Am Dienstag vormittag gelang es der Freiw. Bahnwehr, auf dem hiesigen Hauptbahnhof durch genaue Kontrolle zwei Personen festzunehmen, welche in Bellersen bei Brakel einen Müller erschossen hatten, weil er ihnen nicht auf Verlangen je einen Zentner, sondern nur 20 Pfund Mehl verabfolgen wollte. Kurz nach der Festnahme erschienen zwei Gendarmerie-Wachtmeister mit einem bereits verhafteten Matrosen im Automobil von Brakel. Der Matrose erkannte die beiden verhafteten Personen und erklärte, daß einer dieser beiden Verhafteten bestimmt der Mörder sei, worauf dieser es auch eingestand. Die beiden Verhafteten wurden dann von der Gendarmerie mit zum Tatort genommen. Es sind 16 Personen, meistens Matrosen, an dieser beteiligt gewesen sein.

Minden, 2. April. **(Einbrüche und Diebstähle in den Kasernen.)** Welche Unsicherheit jetzt in den Kasernen herrscht, geht aus einem neuerlichen Gelddiebstahl hervor, der sich am Abend hier ereignete. In die Bahnhofskaserne war das Ablösungskommando des Ref.-Inf.-Regts. Nr. 15 eingezogen. In den Abendstunden wurde aus einem der neubezogenen Zimmer die Geldkassette mit über 3200 Mark gestohlen. — In derselben Kaserne wurde dann noch in derselben Nacht in den Furierraum einer Kompanie eingebrochen und hieraus 30 Kommißbrote und 27 Beutelbrote gestohlen.

Euskirchen, 2. April. **Die Unsicherheit auf einzelnen Bahnstrecken** im Eifelgebiet nimmt immer mehr zu. Nach Mitteilungen eines Augenzeugen bestiegen über 50 Burschen den Personenzug Euskirchen-Libar, drangen während der Fahrt in die Abteile ein und zwangen die Reisenden unter Bedrohung mit Revolver, Dolch und anderen Mordwerkzeugen zur Herausgabe von Lebensmitteln und Wertsachen. Trotzdem die Notbremse gezogen wurde, fuhr der Zug mit beschleunigter Geschwindigkeit weiter. Als der Zug wegen eines Achsenbrandes in Derkum halten mußte, brachten sich die Reisenden zunächst in Sicherheit, da ihnen ein Schutz nicht gewährt werden konnte. Die Räuber entkamen.

Nassau, 8. April. **(Scharfe Schüsse auf französische Posten.)** Am Sonnabend vormittag wurden die hiesigen Gemeindebehörden vor den Kommandanten der französischen Vorpostenstellung befohlen, wo ihnen eröffnet wurde, daß am Freitag nachmittag zum zweiten Male ein scharfer Schuß aus dem Dorfe auf die französischen Posten abgegeben werden sei. Für den Wiederholungsfall wurde angedroht, daß das Dorf zusammengeschossen würde.

Phantastische Friedensvertragsentwürfe.

(W) Die Pariser Zeitung „Democratie Nouvelle" veröffentlicht drei phantastische Entwürfe von angeblichen Friedensverträgen, die ein siegreiches Deutschland seinen Gegnern habe auferlegen wollen. Der erste Entwurf, als dessen angeblicher Urheber der Botschafter Graf Bernstorff genannt wird, verlangt u. a. die Abtretung aller französischen Kolonien und bedeutender französischer Gebietsteile, sowie 10 Milliarden Kriegsentschädigung. — Graf v. Bernstorff erklärte einem Vertreter des W. T.-B. gegenüber: Der mir zugeschriebene Entwurf eines Friedensvertrages ist von A bis Z eine böswillige Fälschung, die lediglich den Zweck verfolgt, die imperialistischen Forderungen Frankreichs vor der Welt zu rechtfertigen. Es handelt sich offenbar um die phantasievolle Meldung einer amerikanischen Zeitung aus dem September 1914, die ich bereits mehrfach dementiert habe. Ich habe überhaupt niemals einen Entwurf für einen Friedensvertrag ausgearbeitet; ein einziges Mal habe ich Friedensbedingungen der früheren deutschen Regierung dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten übermittelt, nämlich im Januar 1917. Dieselben enthielten indessen gerade inbezug auf Frankreich überaus mäßige Forderungen.

Ueber die beiden anderen Friedensentwürfe kann, wie der Vertreter des W. T.-B. erfährt, eine amtliche Erklärung erst erfolgen, wenn der Wortlaut der französischen Meldung vorliegt.

Ein Aufruf an das bayerische Volk.

Die Regierung des Freistaates Bayern wendet sich in einem Aufruf an das bayerische Volk, in dem zunächst der Leiden und Entbehrungen der Kriegsjahre gedacht wird. Das Programm des durch die bayerische Volksvertretung gewählten Ministeriums Hoffmann ist Arbeit und Brot. Sodann erwähnt der Aufruf die seit Bestehen des Ministeriums zum Wohle des Staates und seiner Bürger getroffenen Maßnahmen. Schließlich fordert der Aufruf die Volksgenossen und Arbeiter auf, hinter ihre freigewählte Regierung zu treten, sie im Geiste des Sozialismus und der Demokratie am gemeinsamen Ausbau der Arbeit, gegen Terror und Diktatur, für die Befreiung des bayerischen Volkes und für die sozialistische Volksregierung zu wirken.

Eine französische Proklamation an die Bergleute.

Der oberste Verwalter des Saargebiets General Andlauer veröffentlicht in einem Maueranschlag eine Proklamation, in der es u. a. heißt: Das französische Oberkommando verfügt: Jedes Fernbleiben von der Arbeit wird als ein feindlicher Akt betrachtet. Alle Belegschaften in ihrer Gesamtheit, Direktionspersonal mit eingeschlossen, werden zur Arbeit requiriert und dem Befehl des Generals Andlauer, des obersten Verwalters des Saargebiets, unmittelbar unterstellt. Infolgedessen wird angeordnet, ab Montag, den 7. April, die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Bergleute, die durch diesen Anschlag dazu requiriert werden. Erste Anfahrt um 6 Uhr morgens. Zuwiderhandelnde werden verhaftet. Ein Teil dieser Arbeiter wird wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls nach dem rechten Rheinufer abgeschoben; Aufwiegler usw. werden vor ein Kriegsgericht gestellt und nach militärischem Strafgesetzbuch abgeurteilt. Das Direktionspersonal der einzelnen Zechen wird für die Wiederaufnahme der Arbeit verantwortlich gemacht. General Andlauer, der oberste Verwalter des Saargebiets, wird bestimmen, wann die außerordentlicher Maßnahmen in Wirksamkeit kommen. Jede französische Militärgewalt jeden irgend welchen Grades ist von den Deutschen als Vorgesetzter im Sinne der Militärordnung zu betrachten. Die Ortspolizei, sowie die Ortsbeamten werden ebenfalls requiriert. Sie haben jeder Anordnung der Militärbehörden Folge zu leisten, zur Ausführung dieser Proklamation beizutragen bezw. diese zu überwachen.

Weitere Nachrichten.

— In Stuttgart erklärten der Aktionsausschuß des gemeinsamen Proletariats und die Leitung des Generalstreikes den Generalstreik für abgebrochen. Gleichzeitig werden die Arbeiter aufgefordert, sich zu einem neuen Kampf zu rüsten.

— **(Paderewski in Danzig.)** Aus Paris wird berichtet: Paderewski erklärte, die Danziger Frage sei für Polen eine Frage von Leben und Tod. Ohne Danzig wäre Polen ein erstickes Land, das in abhängiger Sklaverei von dem die Küste beherrschenden Staat leben würde. Was wäre besser für die Welt, fragt Paderewski: zwei Millionen Deutsche, die dem Schutze der Polen unterstellt werden, oder 35 Millionen Polen, die unter deutschem Joch stehen würden? Ueber das Kohlenbecken von Teschen, meinte Paderewski, sei die einzige Lösung in einer Volksabstimmung zu finden.

— **(Die Entente und Ungarn.)** Das Ungarische Telegr.-Korrespondenz-Büro veröffentlicht einen Notenwechsel zwischen General Smuts und der Regierung der ungarischen Räterepublik vom 4. April. Danach ersucht Smuts um Zurückziehung aller Truppen westlich von einer neuen Demarkationslinie, während die rumänischen Truppen den Befehl erhalten, über ihre gegenwärtigen Stellungen nicht vorzudringen. Das Gebiet zwischen jener Linie und der Front des rumänischen Heeres soll als neutrale Zone betrachtet und durch verbündete Streitkräfte, und zwar englische, französische, italienische und, wenn möglich, amerikanische, besetzt werden. Die Demarkationslinie soll keinen Einfluß auf die endgültige Gebietsregelung ausüben. General Smuts wird in Paris die Aufhebung der Blockade beantragen und ferner die Zuziehung Ungarns zu Vorfriedensverhandlungen mit den früheren österreichisch-ungarischen Staaten anregen. Die vorgesehene Konferenz solle parallel mit den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz tunlichst in Prag oder Wien so rasch wie möglich zusammentreten und nicht nur die politischen Grenzen feststellen, sondern auch sämtliche zwischen diesen Ländern auftauchenden wirtschaftlichen Fragen regeln.

*

Betrügereien Arbeitsloser.

In einer Konferenz der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge, die heute in einem Saale des Marstalls stattfand, machte Direktor Schneider von der Prüfungsstelle der Erwerbslosenfürsorge interessante Mitteilungen über die zahlreichen Betrugsfälle, die durch Arbeitslose ausgeführt wurden. Zu Beginn des Jahres wurden die Betrugsfälle durch mangelhaft geschultes Personal sehr erleichtert. Nach den Erfahrungen des Amtes bezahlen 20 Prozent aller Arbeitslosen das Unterstützungsgeld zu Unrecht! Dies sind 6 Millionen Mark, die durch betrügerisches Verhalten der Arbeitslosen monatlich der Stadt Berlin verlustig gehen. Bei den Vergehen muß man zwischen betrügerischer Ausbeutung und unberechtigter Ausnutzung unterscheiden. Direktor Schneider schilderte, wie es ein Zuchthäusler verstanden hat, in vier Tagen 2600 Mark durch gefälschte Scheine zu erheben. Es ist vorgekommen, daß ein Einzelner an vier Stellen sich längere Zeit Unterstützungsgelder auf gefälschte Kontrollkarten hat auszahlen lassen. Ein Mann hatte für Frau und Kinder, die gar nicht existierten, Gelder erhoben. Der Betrug kam an den Tag, als die Prüfungskommission fand, daß er bei den Geburtstagen seiner angeblich unterstützungsberechtigten Kinder das erste als im Januar und das zweite als im Juni desselben Jahres geborene angab. Am meisten mißbrauchen Straßenhändler, Schiebhändler, Schieber und Glücksspieler die Einrichtungen der Unterstützungen; von den Berufsarbeitern lassen sich ganz besonders Kellner, Musiker, Schlächter und Barbiere die Unterstützungen zu Unrecht auszahlen. Von den weiblichen Personen machen dem Amt Waschfrauen, Plätterinnen, Reinemachefrauen und Heimarbeiterinnen viel zu schaffen, da sie sehr schwer kontrolliert werden können. Vielfach sind Betrügereien von entlassenen Soldaten vorgekommen, die Militärgelder bezogen und sich außerdem Unterstützungsgelder auszahlen ließen. Zu großen Mißbräuchen neigen auch Ziehleute und Marktbelfer.

„Vergessen".

Ich weiß ein Wort, mit reißendem Stoß
Will es die Seele mir fressen;
Es krallte sich fest, und läßt mich nicht los
Das grausige Wort „Vergessen"!

Vergessen ist, wie Schwert und Schild
Einst wogten auf blutiger Halde —
Vergessen ist das ragende Bild
Im Teutoburger Walde.

Vergessen ist was uns groß gemacht
Im Wandel der tausend Jahre
Der Held der Fehrbelliner Schlacht
Und sein grollendes „Exoriare"!

Vergessen der Alte von Sanssouci
Und was er für Deutschland gewesen.
Als hätten von seinen Taten wir nie
Mit freudigem Stolze gelesen.

Vergessen sind Leipzig und Waterloo
Von Nacht und Nebel bemeistert,
Und all das Edle daran wir froh
Uns in goldenen Tagen begeistert.

Vergessen der Kaiser, eisgrau und alt
Der neunzig Jahre durchmessen . . .
Es liegt ein Grab im Sachsenwald —
Vergessen, vergessen, vergessen!

Vergessen ist, was wir selber gesehn
Vom Nordmeer bis zu den Karpathen,
Bei Tannenberg das große Geschehn,
Der Brüder unsterbliche Taten.

Und Sieg um Sieg vier Jahre lang,
Wir sahen sie freudetrunken;
Nun sind sie ohne Sang und Klang
Vergessen, verschollen, versunken!

Vergessen der Stolz und der männliche Mut,
Vergessen der Ruhm und die Ehre!
Vergessen das heilige rote Blut
Der todesmutigen Heere!

Die Tage tanzen in rasender Flucht —
Wir sind vom Teufel besessen,
Und Ordnung u. Sitte, und Treue und Zucht,
Vergessen sind sie, vergessen!

Und der grinsende Feind höhnt uns ins Gesicht
Und lacht der heiligen Rechte;
Den Herrn spielt jeder freche Wicht,
Und wir sind seine Knechte! — — —

O Deutschland, wo blieb dein eisern Geschlecht
Du ragendstes Volk der Erde!
Du übst dich wie ein geborener Knecht
In knechtischer Gebärde.

In Stücke reißt dich der taumelnde Feind
Da du dich selber verloren,
Da du, einst herrlich und stolz geeint
Dich blöder Zwietracht verschworen.

Ich aber weiß: es kommt der Tag,
Der wird empor dich rütteln,
Da steigst du auf aus dem Sarkophag,
Da wird der Ekel dich schütteln.

Da wird erwachen der stürmende Groll
Und den züngelnden Drachen vernichten;
Da wirst du göttlichen Zornes voll,
Gewaltige Taten verrichten!

Da lasse der Himmel den frevelnden Wahn
Mit rächendem Maße dich messen!
Und was der Feind uns angetan,
Das sei ihm nicht vergessen!

Aus dem Kladderadatsch.



Osterkarten

in grosser Auswahl vorrätig

Fröhliche Ostern!

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

— Uebernehme — 1415

Tapezierer- und Anstreicherarbeiten.

Schöne u. dauerhafte Tapeten werden geliefert.
Wilhelm Bäcker, Weddinghofen 64.

Geschäftsempfehlung.

Den geehrten Bewohnern von Bergkamen und Umgegend hierdurch die gefl. Mitteilung, daß ich am heutigen Tage eine im Hause der Post, früher Nellmann, eine

Schuhbesohl-Anstalt



eröffnet habe.

Es soll mein ernstes Bestreben sein, durch reelle Bedienung das Vertrauen meiner werten Kundschaft zu erwerben.

Achtungsvoll

Wilhelm König jun., Schuhmacher.

— Anfertigung neuer Schuhe nach Maß. — 1399

Vereins-Drucksachen

aller Art wie Plakate, Programme, Einlaßkarten, Statuten usw.

liefert schnell und preiswert die

Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Druckerei Unnaerstr. 163,
Geschäftsstelle Weststr. 10.

Neue und gebrauchte
Pianos
Flügel
Harmoniums
sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen
Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen W., Bahnhofstr. 23.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise. Staatsmedaille. 4500

Echte Gummi-Fahrrad !!! Bereifung !!!
gibt es noch lange nicht, aber die bewährten
Spirala-Radreifen
sind wieder zu haben.
300000 St. verkauft!
Bester Beweis für unsere



Original-Spirala-Reifen.
Passend für jedes Rad.
Nur 7.75
per Stück
direkt ab Fabrik
per Nachnahme.
Verlangt kostenlos Prospekt v.
Radreifenfabrik Spirala 26.
Berlin, Neue Königstr. 10.

Landverpachtung
Heil.

Herr Lippmann in Heil, läßt Montag, den 4. d. Mts., nachm. 5½ Uhr, auf dem gülden Bleck, nahe an der Kreisstr. Heil-Bekinghausen, **6 Morgen sehr gutes gedüngtes Kartoffelland** in kl. Parzellen, meistbietend gegen Barzahlung verpachten. 1406

Heil.
Brüggemann.

Kleiderschrank, Waschkommode, Bettstelle mit Matr., Garderobenständer, und Rohrstühle
zu verkaufen. 1411
Blume, Schillstr. 5.

Weiße tragende
Ziege
hornlos, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg. 1408

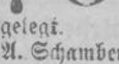
Habe in meinem Garten
† Gift gelegt. †
H. Menke, 1407
Methler 75 D.

Wohnhaus
mit Gartenland und Obstbäumen in Südlamen zu verkaufen.
Näheres 1385
Weststraße 56.

Eine milchgebende
Ziege
zu verkaufen. 1414
Bergkamen, Hansemannstraße 27.

Ente
gegen Bruthenne zu vertauschen, daselbst ein Wagen guten 1409
Dünger
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Gute



Milchziege
zu kaufen gesucht.
Angeb. mit Alter u. Preisangabe unter **A. S. 1410** an d. Gesch.

Mädchen
von 14 Jahren für alle Arbeiten sofort gesucht. 1405
Näheres in der Geschäftsstelle.

Sauberes, ehrliches
Mädchen
für kleinen Haushalt gesucht. 1398
Frau Wwe. H. Voß, Kaiserau-Kurl.

Warnung!
Haben in unsere Gärten dauernd
† **Gift** †
gelegt. 1379
A. Schamberg, J. Glaß, J. Sapendowski, Overberge 174.

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Zur Aufklärung!

Eine Warnung in letzter Stunde an die gesamte Bevölkerung des Ruhrreviers!

Der Ausstand der Bergarbeiter des Ruhrreviers wird in erster Linie genährt durch Darstellungen, die den Tatsachen **nicht** entsprechen. Auf der einen Seite werden Hoffnungen erweckt, die sich nicht verwirklichen lassen, auf der anderen tatsächlich erreichbare Ziele als unmöglich hingestellt. So wird beispielsweise erklärt, Amerika werde Deutschland irgendwelche Lebensmittel **nicht** geben, auf der anderen Seite heißt es, daß bei Abschluß eines Bündnisses mit der Sowjetregierung in Rußland große Mengen Lebensmittel Deutschland zur Verfügung gestellt würden.

Tatsache ist, daß Feinde und Neutrale Lebensmittel in kürzester Frist Deutschland überlassen wollen, Voraussetzung ist aber, daß Kohlen zur Bezahlung geliefert werden.

Unsinnig ist es, schon mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten auf Lebensmittel aus Rußland in nennenswerten Mengen zu rechnen, während Rußland selbst von schwerster Hungersnot heimgesucht ist.

Wie außerordentlich der Streik die Lebensmittelversorgung beeinträchtigt, wird in weiten Kreisen des Volkes nicht erkannt. Allein die jetzige kurze Unterbrechung der Kohlenförderung hat zur Folge, daß die Zahlungskraft des deutschen Geldes im Ausland wiederum einen empfindlichen Sturz erlitten hat. Ausländische Fische sind beispielsweise innerhalb wenjger Tage um 40 bis 50 Pfg. das Pfund teurer geworden, Holland **hat bereits die Kartoffelzufuhr völlig gesperrt, weil Deutschland keine Kohlen liefern kann.**

Diese wenigen Beispiele lassen mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, welche Folgen bei weiterem Andauern des Streiks eintreten müßten. Geht es so weiter, so kommt ein großer Teil der Zechen zum Erliegen, dann fehlt mit einem Schlage alles, was zum täglichen Leben notwendig ist. Die schon stark eingeschränkten Gasanstalten werden überall außer Betrieb kommen, die Elektrizitätswerke die Stromerzeugung einstellen, Hausbrandkohle gibt es nicht, die Wasserwerke liefern kein Wasser mehr. Damit hört jede Haushaltführung auf. **Unterbindung jedes Verkehrs und der Lebensmittelzufuhr, Hungersnot, ansteckende Krankheiten** sind unausbleibliche Folgen. Daher ist die Arbeitseinstellung auf den Zechen keine Angelegenheit, die blos die Nächstbeteiligten angeht, sondern eine

Lebensfrage für das gesamte deutsche Volk.

Kommt der Kohlenbergbau zum Erliegen, so stockt das Uhrwerk unseres Wirtschaftslebens und wir sind verloren.

Arbeiter! Beamte! Bürger!

Helfe jeder in seinem Kreise dahin wirken, daß die geringe Zahl der Zerstörer nicht die Oberhand gewinnt. Niemand lasse sich durch verbrecherische Lügenmeldungen und unerfüllbare Versprechungen über den furchtbaren Ernst der Lage hinwegtäuschen. 141

Zechenverband.